gieeinsparungen, besserer Energie-Effizienz und Förderprogrammen ist nicht mehr die Rede. Allen ökologischen Unheilsbotschaften zum Trotz wurde die Deregulierung des Energiemarkts unter dem alleinigen Prinzip des freien Wettbewerbs das Leitmotiv der EG-Politik." *(Spiegel-Spezial 1/1992, S. 76)*

Liebkind "Stromzentralen" – Stiefkind Umwelt

"Die von der EG behauptete billigere Versorgung durch den Binnenmarkt für Energie vergißt, daß der zwischenstaatliche Handel mit vermehrtem Kohle- und Atomstrom zu Umweltschäden und damit externen Kosten führen würde, die von den Europäern zu tragen wären. Die Ergebnisse einer von der EG finanzierten Studie[1] belegen, daß schon bei einer Berücksichtigung der heute bestimmbaren Umweltkosten die (behauptete) Billigkeit des Energiebinnenmarktes nicht nur verschwindet, sondern im Gegenteil die Gesamtkosten sogar ansteigen." *(ERE 52)* Bevor an echten "Wettbewerb gedacht werden kann, muß eine Harmonisierung vollzogen sein, die **bestehende** Benachteiligungen für umweltschonende und risikoarme Energiesysteme überwindet und ein 'gerechtes Spielfeld' schafft." *(ERE 125)* Doch die EG-Kommission will eben einen Binnenmarkt für Energie herstellen, ohne vorher wesentliche Randbedingungen zu harmonisieren. D.h. **ohne vorher strengere Umweltauflagen, echten Monopolabbau und den Abbau indirekter Subventionen für die E-Wirtschaft in allen Mitgliedstaaten (französischen und britischen Atomstrom!) einzuführen**. Damit steht zB nach Ansicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) "zu befürchten, daß die EG-Richtlinienentwürfe" für die Deregulierung der Gas- und Strommärkte "zu einer Konkurrenz um günstige Standortbedingungen führen in Form niedriger Umweltschutzauflagen." *(VDI, 10.7.1992)*

Zahlreiche Äußerungen von Vertretern der Industrie und von Groß-EVUs im EG-Raum weisen denn auch in diese Richtung. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Hans Peter Stihl: "Französischer Strom sei frei von den 'typisch deutschen Sonderlasten' wie Kohlepfennig sowie hohen Kosten durch Umwelt- und Sicherheitsauflagen." *(VDI, 1.7.1988)* Schafft die EG vor einer Deregulierung des Energiemarktes also **keine** wirklich einheitlichen Wettbewerbsbedingungen, werden Industrie und Energiewirtschaft überall auch für sich die schwächeren Umweltbestimmungen fordern, die anderswo existieren.[2]

Fazit des "Energie-Report Europa": "Der Binnenmarkt in der geplanten Form ist kontraproduktiv für eine umweltorientierte und insgesamt (d.h. volkswirtschaftlich) kostengünstige Energiepolitik." Die EG-Energie-Szenarien in "Energy for a new century" (Brüssel 1990) können "als Orientierung für 'das nächste Jahrhundert'[...] daher nicht dienen." *(ERE 54/66)*

Frankreich – das "Energie-Modell" der EG

"Die Vollendung der energiepolitischen Kerngedanken der EG findet sich wohl im 'Modell Frankreich'. [...] Die drastische Erhöhung der Atomstromerzeugung in Frankreich markiert die eigentliche Philosophie der EG-Szenarien, nach der französischer Atomstrom nicht mehr für Frankreich, sondern für den Gemeinsamen Markt erzeugt werden soll." *(ERE 58 und 63)*

Warum ist französischer Atomstrom "billig"?

"Um den Kapitalbedarf des Ausbauprogramms für AKW decken zu können, erhielt die Electricité de France (EDF) als staatliches Unternehmen bis 1981 Zuwendungen von der Regierung in Form von Sach- und Geldwerten.

1) Hohmeyer, Olaf: The social costs of energy. Berlin-Heidelberg-New York 1988.

2) Ähnlich – und für Österreich ebenfalls von herausragender Bedeutung – liberalisiert, besser: enthemmt die EG den Transit-Verkehr und damit den Energieverbrauch auf der Straße, bevor sie deutlich bessere Rahmenbedingungen für den öffentlichen Verkehr (Eisenbahn usw.) schafft.

Zudem konnte EDF u.a. aus dem staatlichen 'Fonds de Développement Economique et Social" zinsgünstige Anleihen aufnehmen." Auch die mittlerweile etwas höheren Zinsen liegen "immer noch unter dem für die übrige Industrie üblichen Niveau." *(ERE 58)* Bei EDF's 233 Mrd. FF Schulden – mehr als das gesamte Einkommenssteueraufkommen in Frankreich – läuft dies auf jährliche Milliarden-Vergünstigungen für das französische Monopolunternehmen hinaus. Die – angeblich so wettbewerbsorientierte – EG-Kommission hat eine Klage, die die Grün-Fraktion des Europäischen Parlaments (EP) nach Art. 90 und 92 EWG-Vertrag gegen die Verletzung der Wettbewerbsregeln durch EDF bzw. durch Frankreich am 16.10.1991 bei ihr eingebracht hat, abgelehnt. Ihr Wettbewerbsprinzip gilt nicht, sobald es die Kostenwahrheit über Atomstrom herbeiführen würde.

Weniger Geld für Sicherheit

"Die Sicherheitsauflagen für französische AKW sind schwächer als z.B. die in der Bundesrepublik Deutschland oder den USA." Dies führt "zu einer geringeren Anzahl von Sicherheitssystemen, was sich auch entsprechend auf die Kosten niederschlägt. Zudem sind die Strahlenschutzgrenzwerte schwächer und daher Aufwendungen zur Rückhaltung von Radioaktivität niedriger." *(ERE 59)*

Trotz dieser Wettbewerbsverzerrungen zugunsten des französischen Atomstroms liegt

Der Drei-Stufen-Plan der EG

1. Die erste Phase der Liberalisierung wurde bereits 1990 eingeläutet:
   – mit der Transit-Richtlinie, die den Austausch von Strom zwischen den nationalen Verbundunternehmen erleichtern soll,
   – und mit der Preistransparenz-Richtlinie, die die Elektrizitätsunternehmen verpflichtet, ihre Preise für industrielle Kunden monatlich zu veröffentlichen.

2. Die zweite Stufe sollte nach dem Brüsseler Plan mit 1. Jänner 1993 genommen werden. Sie besteht aus 3 wesentlichen Maßnahmen:
   – ein Zugangsrecht von 400-500 Großverbrauchern und Weiterverteilungsunternehmen zu den Stromnetzen ("Third-Party-Access" TPA – Zugang Dritter);
   – die Abschaffung der Monopole für Produktion und Leitungsbau;
   – die organisatorische Trennung zwischen Erzeugung, Netzbetrieb und Stromverteilung bei bestimmten Versorgungsunternehmen ("Unbundling" – Entflechtung).

3. Ab 1996 will die Kommission den Kreis der TPA-Zugangsberechtigten allmählich erweitern. "Über Details schweigen sich die Eurokraten noch aus."

(Nach New Business 5/92 und SZ-Wirtschaft, 8.4.1992)

Kurz-Kritik

"Der Stufenplan der EG-Kommission zur Liberalisierung der Strom- und Gas-Versorgung **nützt allein großen Konzernen und benachteiligt kleine Unternehmen sowie die privaten Verbraucher**. Er verschafft landesweiten Monopolen, wie der französischen EDF, enorme Wettbewerbsvorteile und gefährdet die Investitionen regionaler Strom- und Gaslieferanten, wie zum Beispiel der acht deutschen Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU). Wie der Plan sich am Markt auswirkt, ist kaum zu übersehen. Das Ziel der freien Märkte erreicht er wahrscheinlich nicht. Im Gegenteil, er verursacht vermutlich **zunächst einmal Bürokratie**." *(SZ-Wirtschaft, 30.1.1992)*

sein Exportpreis unter den Gestehungskosten. EDF-Direktor Pierre Carlier erklärte 1990, daß die Exportpreise nach den variablen Kosten (= nur 1/4 der Gesamtkosten) kalkuliert werden. So ist es natürlich leicht, "billig" zu sein und Atomstrom zu Dumping-Preisen anzubieten.

Die Liberalisierung des europäischen Strom-Marktes

Die ursprünglichen Pläne der EG-Kommission zur völligen Freigabe der Strom- und Gasnetze ("Common Carrier") gingen laut "Energie-Report Europa" auf das "Drängen der französischen Regierung" zurück. "Frankreich wolle seine hochsubventionierten Atomstrom-Überkapazitäten damit auf politischem Wege loswerden", meint sogar das deutsche Bundeswirtschaftsministerium *(laut SZ-Wirtschaft vom 15.7.1989)*.

Herzstück des inzwischen abgeschwächten, aber immer noch umstrittenen Deregulierungs-Pakets ist der sogenannte "Third Party Access" (TPA): "Die Netzbetreiber sollen ihre Leitungen fremden Versorgern für Stromtransfers zur Verfügung stellen. Die Kunden sind somit nicht länger auf Gedeih und Verderb ihrem Monopol-Versorger ausgeliefert. Sie dürfen über die nationalen Grenzen hinweg nach billigen Angeboten suchen. Ein deutscher Chemie-Konzern kann sich in Frankreich versorgen, der belgische Stahlkocher in Holland Strom-Shopping gehen und der italienische Fabrikant in Bayern Angebote einholen."[1]

Zugangsberechtigte Dritte zu diesem liberalisierten Markt sollen jedoch zunächst nur 400-500 Großverbraucher von Energie mit einem Elektrizitätskonsum von mehr als 100 Gigawattstunden (GWh) und einem Gasverbrauch von 25 Mio. Kubikmeter sein. Diese Größenordnung wird sogar in Deutschland von "keinem einzigen kommunalen Unternehmen" erreicht, Stadtwerke könnten sich also **nicht** billiger eindecken.[2]

Österreichs Verbund-Chef Walter Fremuth sieht hinter diesem Deregulierungskonzept der EG "eine ungebührliche Begünstigung der Großindustrie. Weil Strom nicht gelagert werden kann, müsse die E-Wirtschaft eine ausreichende Reserve an Kraftwerkskapazität für Spitzennachfrage aufrecht erhalten. Wenn sich die Industrie nun auf günstigen Spotmärkten eindekke, müßten die Kosten der Reservehaltung auf die Tarife der privaten Verbraucher aufgeschlagen werden, die diese Möglichkeit nicht haben."[3] *(⇨ s. Kasten unten)*

"Wir" – die Verbundgesellschaft – "müßten dann unsere Potenz als Großkonzern anwenden, um Kleinere aus dem Markt zu drängen", betonte Verbund-Generaldirektor Fremuth auf der "Gewinn"-Messe in Wien *(SN, 8.11.1991)*. "Es würde zu einem Catch as catch can zwischen Verbundgesellschaft und Landesgesellschaften um die großen Abnehmer kommen. Das ist nicht wünschbar."*(SN, 24.6.1992)*

Die Folgen für den österreichischen Verbraucher?

"Der kleine Hausbesitzer wird kaum von Kraftwerk zu Kraftwerk gehen, um sich das günstigste Angebot auszusuchen." *(New Business 5/92)*. An ihm als einzelnem wäre "das Kraftwerk" auch nicht interessiert.

Dietmar Wenty, Energiereferent der Arbeiterkammer, wies anläßlich des Symposiums "EG und kommunale Energieversorgung und Energiewirtschaft" darauf hin, daß das EG-Konzept "wohl kurzfristig einen Kostenvorteil – auch für die Haushalte – bewirken" könne. "Langfristig würden dadurch aber Investitionen in umweltfreundliche, aber teurere Energieproduktionen – Wasserkraft, Kraft-Wärmekupplungen und erneuerbare Energie – verhindert." *(Die Presse, 7.4.1992)*

1) New Business 5/92.
2) Verband Kommunaler Unternehmen (VKU), BRD, in: StromTHEMEN 7/92.
3) Der Standard, 25.1.1992.

"Experten empfehlen" zB "gerade der OKA, die Augen offenzuhalten. Mit ihrem relativ hohen Anteil von teurer thermischer Energie wäre sie ein gefundenes Fressen für Billig-Anbieter – zumal in Oberösterreich eine Reihe von attraktiven Stromfressern ansässig ist: etwa die VÖEST oder die Papierfabrik Laakirchen." *(New Business 5/92)*

Nicht aus Sicht der Interessen der Verbundgesellschaft, jedoch aus energie- und umweltpolitischer Sicht wünschenswert ist eine **begrenzte** "Marktöffnung und die Schaffung von 'Spotmärkten', auf denen vorerst einmal rund zehn Prozent der Gesamtmengen frei gehandelt werden könnten". Dies streben E-Wirtschafts-Kritiker in Österreich schon seit langem an, auch ohne EG-Beitritt. Diesen Spielraum gegenüber der Verbundgesellschaft befürworten naturgemäß auch die Landes-EVUs – einen "kontrollierten Wettbewerb", wie zB der Generaldirektor der niederösterreichischen Gas- und Elektrizitätsgesellschaft EVN, R. Gruber, sagt *(SN, 24.6.1992)*. Die EG-Pläne haben hier das Verdienst, etwas Bewegung in die starren österreichischen E-Wirtschaftsstrukturen zu bringen. Die wesentlichen Änderungen zur Entmonopolisierung und Ökologisierung, insbesondere Angleichung der Umweltstandards auf **hohem** Niveau, sieht die EG-Kommission entgegen manchen verbalen Beteuerungen jedoch **nicht** vor. *(⇨ "EG: Liebkind 'Stromzentralen' – Stiefkind Umwelt", S. 25)*

Ob große oder mittlere bis kleine EVUs, fast überall in der EG selbst, insbesondere in Staaten mit einigermaßen dezentralen Energiestrukturen im Vergleich etwa zu Frankreich (EDF), werden die österreichischen Bedenken bestätigt. "Nach Ansicht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) bringen die EG-Richtlinien wegen umfangreicher Detailregulierungen 'das genaue Gegenteil von Liberalisierung'."[1] "Während die EG-Kommission substanzielle Preissenkungen infolge des zunehmenden Wettbewerbs erwartet, **kommt ausgerechnet eine von ihr in Auftrag gegebene Studie von Coopers & Labrand sowie Prognos zu umgekehrten Ergebnissen**. Der Grund: Den regionalen Versorgern mit Strom oder Gas könnten durch sogenanntes 'Rosinenpicken' eines weit entfernten Konkurrenten interessante Großkunden abhandenkommen, was

1) Anhörung vor dem Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages. – In: VDI 10.7.1992.

Spezifische Auswirkungen auf Österreich

- **Aufbrechen der etablierten Versorgungsstrukturen**;
- **Entstehen eines Spotmarktes für Strom** (mit gewisser Freiheit des Stromhandels zwischen den Landes-EVUs, unabhängig von der Verbundgesellschaft);
- **Fallen des Außenhandelsmonopols der Verbundgesellschaft**;
- **Ausverkauf der österreichischen Energiewirtschaft** oder von Teilen im Bereich des Möglichen.
- Einstieg ausländischer EVU-Riesen in die heimische E-Wirtschaft zB über das Müllgeschäft, insbesondere die **Müllverbrennung**. Von Deutschlands größtem Stromkonzern Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke (RWE) und von der Electricité de France (EDF/Tochterfirma TIRU S.A.) wurden 1993 Gelüste bekannt, sich in Österreichs größte Abfallfirma, die ASA-Holding, einzukaufen. Solche Neigungen passen zur EG-Politik, die die Müllverbrennung favorisiert - diese gilt ihr sogar als "erneuerbare Energiequelle". D.h. auch: um "erneuerbar" zu sein, muß ständig für Nachschub gesorgt sein. Müllvermeidung interessiert somit in Wirklichkeit nicht.

dazu zwingen könnte, die hohen Fixkosten auf weniger Abnehmer umlegen zu müssen, was vor allem bei kleineren Abnehmern zu Preissteigerungen führen müsse. Auch die Versorgungssicherheit sieht man bei einer solchen Strukturänderung als gefährdet an." *(SZ-Wirtschaft, 1.12.1989)* "Die Umorientierung von Groß-Stromabnehmern (Rosinenpicken) zugunsten benachbarter Billigstromanbieter" ließe "das Investitionsvolumen und die Steuerkraft einer intakten Wirtschaftsregion allmählich abfallen."[1] "Was zum Beispiel täte das RWE, wenn [...] Großverbraucher herausbrächen und dem Unternehmen dann im wesentlichen nur noch die teurere Flächenversorgung bliebe? Es müßte **die Preise für die Haushalte ganz kräftig erhöhen**, womit der Traum vom billigen Strom für jedermann dann auch schon ausgeträumt wäre." *(SZ-Wirtschaft, 16.11.1991)*

1) Klaus Düring, Kernforschungsanlage Jülich (KFA), Sachverständiger in der Fachgruppe Energie, Atomfragen und Forschung des EG-Wirtschafts- und Sozialausschusses. - In: VDI, 7.4.1989.

Energie-Binnenmarkt:

Stadtwerke gegen EG-Pläne

Kommunale Energieversorgungsunternehmen (EVUs) sorgen noch am ehesten für eine umweltgerechtere, rationellere Energiepolitik. Sie sind den Bürgern näher und von diesen leichter zur Verantwortung zu ziehen als die großen Gesellschaften. Was Brüssel mit der EG-Richtlinie Elektrizität plant, ist hingegen "das schiere Gegenteil", sagt etwa der Stadtwerke-Direktor von Saarbrücken, Prof.Dipl.-Ing. Willy Leonhardt, einer der prominentesten Energiewirtschaftler Deutschlands[1]. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) der BRD hat sich in einer Stellungnahme an den Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages "scharf gegen die Richtlinien-Entwürfe der EG-Kommission für einen Binnenmarkt bei Strom und Gas ausgesprochen."[2]. "Die durch den VKU vertretenen 771 Stadtwerke [...] halten die **Deregulierungspläne für 'energiepolitisch und umweltpolitisch kontraproduktiv'.** Sie gefährdeten langfristig die Versorgungssicherheit."[3]. Auch würden sie "das gesetzte Ziel von mehr Wettbewerb verfehlen."[2]

"Gleichzeitig werde die Grundlage für kommunale Energieversorgungskonzepte und deren Realisierung beseitigt. **Die EG-Vorschläge würden zu einer Zentralisierung des Kraftwerkparks bei wenigen großen Erzeugern führen.**"[3]. "Das Zauberwort Wettbewerb darf [...] nicht darüber hinwegtäuschen, daß das TPA-System nur wenige große und nachfragestarke Abnehmer begünstigt. Die Haushalte, das Gewerbe sowie die kleinen und mittleren Industriebetriebe werden auch in Zukunft nicht frei einkaufen können. Mehr noch: Die durch Preisvergünstigung für Großabnehmer ausfallenden Festkostenanteile müßten diesen (kleineren) Abnehmern auferlegt werden in Form höherer Preise."[2] Der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel, Präsident des deutschen Städtetages und des VKU, warnt denn auch vor den **"verheerenden Folgen, die die geplanten EG-Richtlinien zur Elektrizitätsversorgung bei einer Realisierung hätten."**[1]

1) In: "Energie, Europa '93 und die Regionen". Dokumentation vom 2. Saarländischen Energietag, 30.10.1992, S. 80. (Saarbrücken wurde auf der Umweltkonferenz in Rio 1992 für sein Energiemodell mit dem Umweltpreis der UNO ausgezeichnet.)
2) StromTHEMEN 7/92.
3) SZ-Wirtschaft, 8.4.1992.

Programme und Finanzhilfen der EG[1]

- **THERMIE** (Förderung der europäischen Energietechnologien) soll die rationelle Energienutzung, erneuerbare Energiequellen, gleichzeitig auch sauberere Kohleverwendung sowie Exploration/Erschließung von Öl- und Gasvorkommen unterstützen.
- **ALTENER** (Aktion zur Weiterentwicklung neuer und erneuerbarer Energiequellen) und **SAVE** (Maßnahmen zur rationellen Energienutzung) sollen Hemmnisse der Markteinführung erneuerbarer Energiequellen bzw. der rationellen Energienutzung vor allem im rechtlichen und administrativen Bereich abbauen sowie zur Verbreitung entsprechender Informationen dienen.
- Untersuchungen im Bereich der **Beförderung radioaktiver Brennstoffe**, über Verpakkungen für **Atommüll** und Abschätzung von **Unfallfolgen** werden in der gleichen Größenordnung wie ALTENER und SAVE gefördert.
- **Das Euratom-Programm "Großanlagen zur Verarbeitung und Handhabung von Plutonium"** finanziert seit 1991 Überwachungsausrüstungen, Meß- und Analyselaboratorien in den Wiederaufbereitungsanlagen La Hague (F) und Thorp-Sellafield (GB) sowie Anlagen zur Herstellung von Mischbrennstoffen in Hanau (D) und Marcoule (F).

Darüberhinaus gibt es spezifische Forschungs- und Entwicklungsprogramme, für die die EG erhebliche Mittel ausgibt. *(⇨ Kap.3, S. 18)* Das **auffallende Übergewicht des Nuklearforschungsbereichs – Fusion und Kernspaltung – wurde wie in den vorhergehenden Programmen beibehalten** [...]. Finanziert wird damit die Gemeinsame Forschungsstelle (GFS, Ispra, Italien) der EG, im Fusionsbereich die Beteiligung am Joint European Torus (JET), der zu 80% von der EG getragen wird, und die Planung des Ne[illegible] [illegible]ropean Torus (NET). Weitere Programme betreffen Strahlenschutz (Niedrigstrahlung und Freisetzung bei Unfällen), Atommüllagerung, Stillegung von Reaktoren, Sicherheitsprobleme von Brütern und die Entwicklung von Geräten zur "Fernsteuerung in feindlicher oder zerstörter Umgebung". Insbesondere letzteres zeigt an, daß die EG künftige Reaktorkatastrophen einplant. Dazu passen auch die Strahlengrenzwerte für Nahrungsmittel, die als Euratom-Verordnung nach Tschernobyl erlassen wurden *(⇨ Kap. 8)*. Das Programm JOULE für nichtnukleare Energieforschung (wurde) dagegen geringer ausgestattet.

Auch der Bau von Atomanlagen in der EG wird mit Unsummen unterstützt (wie nunmehr auch in Osteuropa ⇨ *Kap. 6*): "Die Euratom-Kredite sind vor allem den Kernkraftanlagen in der Region zugutegekommen. Sie waren sehr hoch in den Jahren 1982 und 1983, wo 2,353 Mrd. FF als Beihilfen zum Bau des Schnellen Brüters ("Superphénix") in Creys-Malville und 823 Mio. FF für die Errichtung der Urananreicherungsfabrik in Le Tricastin gewährt wurden. Die bescheideneren Unterstützungen aus jüngerer Zeit haben die Fertigstellung der Kernkraftwerke Cruas und Saint-Alban ermöglicht."[2]. Wer weiß denn schon, daß der "Atomstaat" Frankreich seinen "billigen" Atomstrom nicht einmal zur Gänze selber finanziert!

(SZ, 6.7.1991, SZ-Zeichnung Pepsch Gottscheber)

1) Die Angaben sind größtenteils eine wörtliche Wiedergabe aus "Energie-Report Europa", Öko-Institut Freiburg.
2) "Rhône-Alpes et l'Europe", Informationsserie der frz. Regierung über die frz. Regionen u. d. EG; o.D. (ca. 1989).

Dänische Energiepolitik und EG[1]

"Es sieht so aus, als gingen auch im Energiebereich immer mehr Befugnisse auf die EG über. Je mehr Macht die EG bekommt, umso schwerer wird es für die Bürgerinitiativen, die Politik zu beeinflussen. Insbesondere kleinere nationale Basisbewegungen - wie OVE - haben beschränkte Mittel, so nehmen unsere Möglichkeiten zur Beeinflussung von Entscheidungen in dem Maße ab, in dem diese in Brüssel getroffen werden. Das zwingt uns auch, mehr als Lobbyisten aufzutreten und uns international auszurichten. Überspitzt heißt das: Wir werden mehr und mehr zu Lobbyisten, entfernen uns weiter von der Basis und haben weniger Einfluß."[1]

- Seit 1985, als das Dänische Parlament sich gegen die Einführung der Atomenergie entschied, hat sich die dänische Energiepolitik in einiger Hinsicht von der EG-Energiepolitik wegentwickelt.
- Der dänische Energieplan "Energy 2000" (1990) bedeutet einen teilweisen Bruch mit dem traditionellen Marktwirtschaftsdenken, welches bislang die Zusammenarbeit in der EG beherrscht hat. ("Energy 2000" schafft bewußt und gezielt die politischen Voraussetzungen für eine 20 %ige Verringerung des CO_2-Ausstoßes - gegenüber 1988 - bis 2005.)
- In Dänemark ist jetzt eine CO_2-Steuer eingeführt worden. Die EG hat die Steuer verzögert, und die dänische CO_2-Steuer wurde mit einer (künftigen) EG-weiten CO_2-Steuer "harmonisiert". D.h., sie ist niedriger als vorgeschlagen. Anderseits ist die CO_2-Steuer ein Beispiel dafür, wie einzelstaatliche Politik die EG beeinflussen kann. Die Einführung einer CO_2-Steuer in Dänemark hat die Bemühungen um eine solche Steuer auf EG-Ebene vorangetrieben. (Doch das Schicksal der EG-Energiesteuerpläne ⇨ *S. 32*)
- Ein Teil des "Energy 2000"-Plans wurde durch eine Parlamentsentscheidung im Frühjahr 1992 kraß verletzt, mit welcher der E-Wirtschaft gestattet wurde, ein neues kohlebefeuertes Großkraftwerk in Aalborg zu errichten. Der Hauptgrund für den Bau ist nicht ein Mangel an Kraftwerkskapazität, sondern u.a. der Wunsch, im künftigen Energie-Binnenmarkt Strom zu exportieren. Man könnte sagen, so OVE, Dänemark wird vom Energie-Binnenmarkt bedroht und reagiert in Panik.
- Die Umstellung auf gasbefeuerte Blockheizkraftwerke (BHKW) mit Wärme-Kraft-Kopplung (WKK) geht nunmehr rasch voran und dürfte vom Energie-Binnenmarkt begünstigt werden. (Die Meinung etwa der deutschen kommunalen Betreiber von WKK-Anlagen ist allerdings völlig konträr ⇨ *S. 29*. Tatsächlich ist auch schwer vorstellbar, wie angesichts der Art, wie die Liberalisierung des Energiemarktes geplant ist, ein rücksichtsloses Preis-Dumping gegen Strom aus dezentraler WKK durch die Groß-EVUs ausgeschlossen werden kann.)
- Eine der wichtigsten Maßnahmen zur Stromeinsparung sollten eine Verbrauchsdeklaration auf elektrischen Geräten und Standards für zulässigen Höchstverbrauch sein. Die Arbeit daran ist von der EG verzögert worden, und es sieht so aus, als würde sie weiter verzögert bis 1996. Teilweise arbeitet die EG an eigenen Standards, die niedriger sind als die vorgeschlagenen dänischen. Das wiederum beeinflußt die dänische Politik, so daß die künftigen Standards insgesamt wegen der EG schwächer sein und später wirksam werden.
- Obwohl Dänemark einen ansehnlichen Teil der EG-Forschungsgelder für erneuerbare Energien und effizienzsteigernde Technologien erhält, ist dies nur 1/5 der Summe, die vom dänischen Staat dafür ausgegeben wird. Dazu ist hinzuzufügen, daß die EG viel mehr Geld in die Kernspaltungs-und Kernfusionsforschung steckt, die für die dänische Energiepolitik überhaupt nicht vorrangig sind.

1) Auszüge aus "Der Einfluß der EG auf die dänische Energiepolitik" von Ann Vikkelsö, M.Sc., hrsg. Dänische Organisation für Erneuerbare Energie (OVE), 1992.

Heiße Luft gegen heißes Klima

Im Vorfeld der UNO-Umweltkonferenz von Rio 1992 wurde die EG zum Hoffnungsträger für die Rettung des Weltklimas hochstilisiert, da sie entschlossen schien, entgegen den USA eine Energiesteuer einzuführen. (EG-Umweltkommissar Ripa di Meana am 25.9.1991: "Führung bei der weltweiten Umweltverbesserung.") Und Österreichs damalige Umweltministerin Ruth Feldgrill-Zankel sah insbesondere deshalb bei ihrer Ministeriums-Enquête "Österreichs Umweltpolitik im Lichte der europäischen Integration" (30.-31.10.1991) die Europäische Gemeinschaft "auf dem Weg, auch eine Umweltgemeinschaft zu werden." Und gerade die CO_2-/Energiesteuer sei ein Paradebeispiel für die Notwendigkeit grenzüberschreitender Lösungen, die man nicht einzelstaatlich-isoliert, sondern nur innerhalb der EG angehen könne.

September 1991, EG-Kommission: CO_2-Steuer das "wirksamste, billigste und gerechteste Mittel" (R. di Meana, 25.9.1991) zur Verminderung der Klimabelastung.

Von allem Anfang an: Ausgerechnet die größten Energieverbraucher ausgenommen: Chemie-, Glas-, Zement-, Stahl- und Papierindustrie.

Anfang Oktober 1991: EG-Umweltministerrat befürwortet Einführung einer kombinierten Energie- und CO_2-Steuer. *(SN, 3.10.1991)* "Ein Durchbruch in der Umweltpolitik." (R. di Meana, *SZ, 14.10.1991*)

Mitte Oktober 1991: BRD-Umweltminister Töpfer: "Das Abgabekonzept rasch in konkrete Regelungen umsetzen." *(VDI, 25.10.1991)*

Mai 1992: "Brüssel beschließt Energiesteuer. EG-Umweltkommissar Carlo Ripa di Meana begrüßte die Tat als 'einen historischen Wendepunkt'", als "revolutionär". *(Financial Times, 14.5.1992)* Doch vom gleichen Kommissionsbeschluß hieß es am selben Tag: "Öko-Steuer nur weltweit. EG mit neuer Treibhaus-Strategie." *(Die Presse, 14.5.1992)* "Deutschland enttäuscht", wird die Steuer aber "im Alleingang" einführen. *(Fin.Times, 14.5.1992)* Die EG hatte die Einführung von USA/Japan abhängig gemacht.

Juni 1992: Die EG unterzeichnet die unverbindliche Klima-Rahmenkonvention auf Umweltgipfel in Rio.

1993: Keine EG-Energiesteuer. Kein deutscher oder sonstiger nationaler Alleingang. "Keine Vorreiterrolle Österreichs" laut Min. Feldgrill-Zankel (schon Mai 1992). Fazit: Österreich wartet auf die EG. Deutschland wartet auf die restliche EG. Die EG wartet auf Japan und USA. Japan und USA warten auf die EG. Alle Welt wartet. EG-Umweltkommissar Ripa di Meana tritt zurück und bezeichnet die EG-Umweltpolitik als "die Hohe Schule der Heuchelei" *(Spiegel 29/92)*.

Das Ziel

EG-Ausstoß des Treibhausgases CO_2 auf dem Stand von 1990 stabilisieren. Energieverschwendung verringern.

Die Maßnahmen

- Kombinierte Energie- und Kohlendioxid(CO_2)-Steuer (50% auf Energieinhalt, 50% auf CO_2-Ausstoß).
- 3 Dollar pro Faß Erdöl (159 l) oder gleichem Energie-Inhalt bei Kohle und Gas. Jährliche Steigerung auf 10 Dollar im Jahr 2000.
- Nur halbe Steuerbelastung auf Atomenergie, da AKWe kaum CO_2 abgeben und die EG den starken CO_2-Ausstoß der gesamten atomaren Brennstoffkette ignoriert. Und die atomaren Langzeitrisiken sowieso.
- Keine Steuerbelastung auf erneuerbare Energien. Wasserkraft: keine Steuer bis 10 Megawatt Leistung.

"Österreich soll Stromdrehscheibe von Europa werden. Zu dem stehen wir."

(Dr. Zach, Verband der österreichischen E-Werke, auf der Jahreshauptversammlung der Verbundgesellschaft, 19.6.1991)

5

Atomstrom-Transitland Österreich

Zentralisierung und Megakraftwerke bedingen ein weitläufiges Netz leistungsstarker Stromautobahnen kreuz und quer durch Europa. Österreich, von Verbundchef Fremuth als "netztechnisches Entwicklungsland" bezeichnet, könnte eine einzigartige Aufforstung mit Hochspannungsmasten ins Haus stehen.

Erst ein europäischer Stromverbund schafft die Voraussetzungen für die von der EG-Kommission im Rahmen des Binnenmarktes geforderte Zentralisierung und wirtschaftliche Nutzung von 'Mega-Kraftwerken'."[1] Daher etwa die Pläne für Starkstrom-Trassen von Frankreich nach Portugal. Und eben für den Atomstrom-Transit würde das österreichische Leitungssystem noch stärker herhalten müssen – der "Atomfreistaat" Österreich dem "Atomstaat" Frankreich (und Tschechien usw.) noch stärker zu Diensten sein müssen. Dabei "laufen bereits jetzt allein Frankreichs Exporte nach Italien, die in einer Größenordnung von zwei Dritteln des österreichischen Energiebedarfs liegen,[...], zu 60 Prozent über die Schweiz und Österreich. Hier könnte das Land durch den Common Carrier (bzw. das Nachfolgekonzept TPA ⇨ S. 26) schwer belastet werden. Bereits jetzt sind die Leitungen teilweise überlastet, nur durch häufige 'Kunstschaltungen' ist eine Überlastung des eigenen Netzes zu verhindern, argumentiert die E-Wirtschaft."[2]

So unglücklich dürfte diese anderseits hierüber aber auch wieder nicht sein. Sagt sie uns doch hiemit ziemlich unverblümt, warum Österreich neue 380kV-Hochspannungstrassen "braucht", ob im Burgenland, in der Steiermark, im Pinzgau oder in einiger Zeit auch im Mühlviertel: **"Für den Fall einer Verstärkung der elektrizitätswirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa sieht Fremuth [...] großen Nachholbedarf beim Ausbau des Leitungsnetzes.** Österreich, so der Verbundchef, 'ist netztechnisch leider ein Entwicklungsland'(!)". Dem obersten E-Eirtschaftsvertreter Österreichs ist also Österreichs Landschaft noch lange nicht verkabelt genug. "Derzeit fehlen nach Ansicht der Strombosse vor allem noch die Verbindung von Wien über das Burgenland in die Steiermark, die 380kV-Verbindung von Kaprun nach Zell/Ziller, die Verstärkung des Kärntner Höchstspannungsnetzes sowie einige Verbindungen ins Ausland, vor allem in die CSFR."[3] "Völlig offen sind die Fragen der Reservehaltung und des Vorrangs der heimischen Netzbenutzer, wenn Österreich in der EG ist."[2]

Tschechischer und ungarischer Atomstrom durch Österreich? Fallbeispiel AKW Temelin (CR)

Das AKW Temelin liegt grenznah. Stromleitung nach Süden wäre "logisch". 1987/88 tauchen Hinweise auf, daß tatsächlich eine Hoch-

1) Spiegel-Spezial 1/1992.
2) Fachkommentar von F. Schweiger in: Die Presse 5.7.1989.
3) Standard, Serie "Chancen und Risken im EWR, Teil 27, 9.9.1992.

Mittwoch, 24. Jänner 1990 AZ WIRTSCHAFT 45

Atomstrom durch Österreich

Französischer Konzern will ungarische Kernenergie über Alpenrepublik leiten

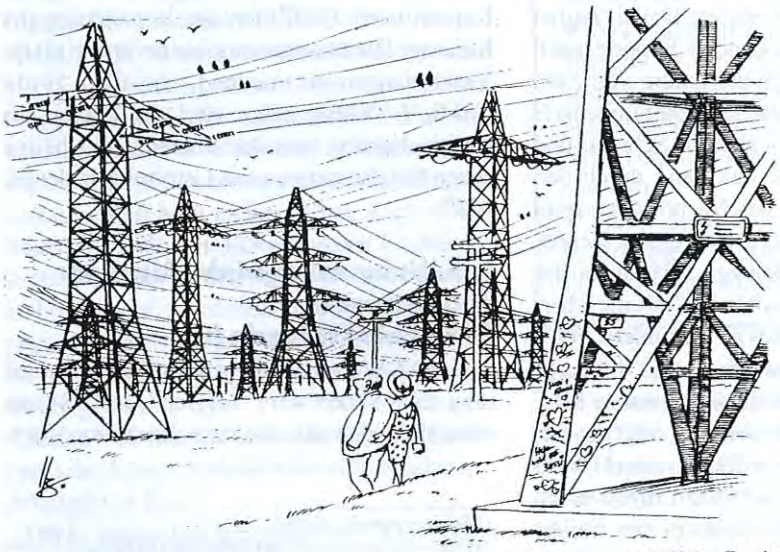
(Arbeiterzeitung, 24.1.1990)

spannungstrasse (380 kV) von Temelin/Dasny durch das Mühlviertel nach Ernsthofen nahe Linz beabsichtigt ist. Oberösterreichische Politiker (LH Ratzenböck u.a.) erhalten im April 1989 von Verbundchef Walter Fremuth die schriftliche Versicherung: Wir werden "dieses Leitungsprojekt aus dem Ausbauplan des Höchstspannungsnetzes der Verbundgesellschaft herausnehmen."

Oktober 1992: Die Grünen legen tschechische Dokumente vor, die zeigen, daß **die CR an der 380-kV-Leitung festhält**. Es läuft zu dem Zeitpunkt das naturschutzrechtliche Ansuchen bei der zuständigen tschechischen Kreisbehörde für diverse Trassenvarianten von Dasny bis zur österreichischen Grenze. Als Ziel der Stromschiene ist Ernsthofen vorgesehen. Begründung des Ansuchens: Verbindung der Stromnetze im Sinne der **Europäischen Energie-Charta**. Die Energie-Charta hat auch Österreich im Dezember 1991 unterschrieben *(⇨ Kap. 6, S. 40)*. Auch die bereits verwirklichte Stufe 1 der EG-Kommissionspläne zur Liberalisierung des Energiemarktes, die EG-Transit-Richtlinie, verpflichtet die Mitgliedstaaten in Artikel 1 dazu, "die notwendigen gesetzlichen Bestimmungen zur Sicherstellung des regelmäßigen Stromtransits auf ihrem Gebiet zu erlassen." Als EG- und eventuell schon als EWR-Mitglied hat Österreich keine Chance mehr, sich gegen diese u.ä. Trassen zu sperren.

Fallbeispiel AKW Pacs (Ungarn > Frankreich)

In Pacs (Ungarn) will die Electricité de France (EDF) zu den zwei vorhandenen zwei weitere AKW-Blöcke dazubauen und zur Bezahlung einen Großteil des produzierten Stroms über Österreich nach Westeuropa leiten.



Karl-Heinz Brecheis

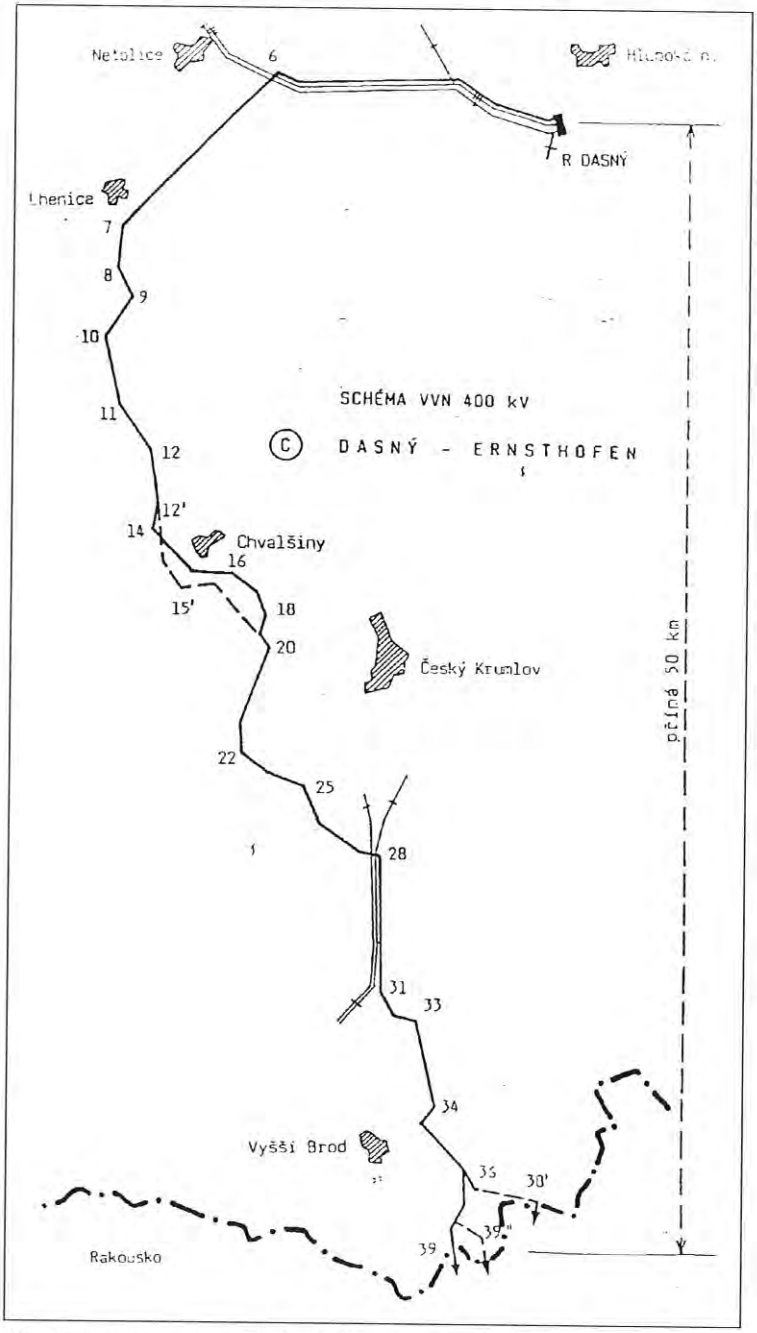
(SZ, 8.9.1989)

Fallbeispiel ENEL (GUS > Italien)

"Eine Studie der Andersen Consulting aus London sieht die europäischen Kraftwerksbauer bei der Suche nach neuen Standorten für Kraftwerke bereits auf 'Ostkurs'. Weil

Umweltschutzauflagen neue Anlagen in Westeuropa immer öfter verhindern, erörterte der italienische Versorgungsbetrieb ENEL einen Plan zur Produktion von 13.000 Megawatt in der Sowjetunion. Ein Teil des Stroms dieser Kraftwerke sollte dann, durch Verträge langfristig gesichert, nach Italien fließen."[1] *(⇨Vgl. Kap. 6, S. 36 ff.)*

Erschwerend wirkt bei all dem, daß "die Forderung des Europaparlaments, jeder Entscheidung über Subventionen für den Ausbau der Verbundsysteme eine Studie über die absehbaren ökologischen und sozialen Kosten der Projekte vorausgehen zu lassen, bislang nicht [...] umgesetzt worden" ist.[2] Auf solche Systembetrachtung will sich die EG-Umweltpolitik übrigens in keinem Bereich einlassen (Verkehr, Abfall, Landwirtschaft...). Und auch aus den Entwürfen für ein österreichisches Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung ist die Verpflichtung, Projekte im ganzheitlichen Systemzusammenhang zu überprüfen (zB: Ist die Hochspannungstrasse X bei einer geänderten Energiepolitik überhaupt nötig?) wieder gestrichen worden. Der Schluß, dies sei in vorauseilender Anpassung an die EG erfolgt, darf gezogen werden. Anpassung nach unten.



Hochspannungstrasse (tschech. Planungsabschnitt) von Temelin/Dasny durch das Mühlviertel nach Ernsthofen nahe Linz

1) Spiegel-Spezial 1/1992, S. 80.
2) ebda., S. 77.

6

"Die Europäische Energie-Charta drängt Rußland dazu, sein Öl und Gas nach Westeuropa zu verkaufen, so daß wir die Atomenergie ausbauen müssen."

(Der Umweltberater von Präsident Jelzin, Alexej Jablokov, Ende Dezember 1992)

EG-Europa hält Osten auf Atomkurs

Damit im Reformeifer der ehemaligen Ostblockstaaten Kernenergie nicht unter die Räder kommt, hat EG-Europa einen wahren Marshallplan in Gang gesetzt. Mit Geld und westlicher Technologie sollen Ost-AKWe sicherer gemacht werden, deren Gefahrenpotential nach vielfacher Expertenansicht nur durch sofortige Stillegung zu entschärfen ist. Das eigentliche Ziel der Atombetreiber West könnte allerdings bald erreicht sein: Irreversible Abhängigkeiten.

Die Hauptakteure der atomaren "Wiederaufrüstung" des ehemaligen Ostblocks sind:

- die **EG** mit den Sonderprogrammen **PHARE** und **TACIS**, auf der rechtlichen Grundlage von Euratom
- die **EBRD** (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung/ EBWE, kurz Ost-Bank)
- die **Europäische Energie-Charta**
- die **G-7** (Gruppe der 7 mächtigsten Industrienationen)
- die **G-24** (= G-7 + restliche Industrienationen der OECD)
- der **IWF** (Internationaler Währungsfonds) und die **Weltbank**
- die **IAEO** (Internationale Atomenergie-Organisation), die – zB mit Expertisen, Kongressen, Öffentlichkeitsarbeit usw. – hinter und zwischen all dem aktiv ist.[1]

Auf ihre Rolle und Österreichs Stellung in diesem "Atom-Konzert" wird unten eingegangen.

Nach dem Umbruch in Osteuropa bestand die einmalige Chance, die Aufbruchstimmung zu nützen und die Energiewirtschaft von Grund auf umzustellen. Wie es gehen hätte können, zeigt das Beispiel der polnischen Stadt BIELSKO-BIALA *(⇨S. 42)*. Doch die westeuropäische, auch die US- und kanadische Atom-Industrie und mit ihnen die meisten Regierungen dieser Staaten sowie ganz besonders die EG zogen es vor, mit der breiten Atomlobby Osteuropas aus stalinistischer Ära gemeinsame Sache zu machen. Sie haben alles getan, um hoffnungsvolle Ansätze im Keim zu ersticken: **"Ivan Usunow, Professor für Atomphysik an der Universität Sofia (Bulgarien), setzt langfristig auf konventionelle Stromerzeugung ohne Atomkraftwerke. Dazu und für ein Energiesparprogramm hofft er auf die Unterstützung Europas. Er mußte aber**

SPD-Abgeordnete zur GUS-Atomwirtschaft:

Die alten Stalinisten am Werk

„Mehrzahl der Reaktoren in lebensbedrohlichem Zustand"

Mit diesen paktieren die Atombetreiber West. (SZ, 23.12.1992)

1) Offenbar genügt all dies noch nicht: "Nichts ist dringender als die Einrichtung einer Atomagentur auf europäischer Ebene", forderte die französische Zeitung Nice-Matin angesichts des Atomstörfalls in Sosnowy Bor bei St. Petersburg. Um gleich auch noch die Interessen Europas mit denen Frankreichs gleichzusetzen: "Wir verfügen über Spezialisten, Techniker und Unternehmen, die sich mit Problemen dieser Art auskennen." (25.3.1992)

(Deutsches Allgem. Sonntagsblatt, 17.7.1992)

feststellen, daß die Europäische Gemeinschaft bisher nur Kernenergie-Experten geschickt hat." *(Zeitschrift der Internationalen Ärzte gegen den Atomkrieg/IPPNW, Nov. 1991)*

Welch enorme Mengen Energie im ehemaligen Ostblock verschwendet werden und mit vergleichsweise geringem Aufwand eingespart werden könnten, erhellt u.a. aus Aussagen des russischen Umweltministers Danilow-Danilian: Durch schädliche Leitungen u.ä. "sind die Transport- und Produktionsverluste bei Erdöl und Erdgas höher als die gesamte Energiemenge, die von den russischen AKWn produziert wird." *(SN, 9.4.1992)*. Diese Atomstrommenge nimmt sich überdies geradezu mickrig aus im Verhältnis zum Aufwand, der von der Ost-Atomlobby, EG, G-7 usw. um sie getrieben wird: In den GUS-Staaten macht Atomstrom 10-15% der gesamten Stromerzeugung aus, und natürlich noch viel weniger vom Gesamt-Energieaufkommen.

Chance ganz bewußt vereitelt

Mit einem Bruchteil des für sie getriebenen Aufwandes hätten also die osteuropäischen AKWe zügig ersetzt werden können, allein durch Verringerung der Verluste bei Energiegewinnung und -verbrauch. Die Chance wurde bewußt vereitelt. Und so kann man im zweiten Schritt, nun da die Aufbruchstimmung zusammengesackt ist, den Bürgern der osteuropäischen Staaten angesichts zermürbender Schwie-

Nach dem Aus für Greifswald stehen Ost-Kernkraftwerke im Rampenlicht

Die Nachrüstung von Kozloduy aus EG-Mitteln ist umstritten

(Ausriß aus VDI-Nachrichten, 27.9.1991)

Die Blöcke 1 - 4 des AKW Kosloduj in Bulgarien sind baugleich mit dem AKW Greifswald (Ex-DDR), welches nach der Wiedervereinigung aufgrund gravierender, irreparabler Sicherheitsmängel von der deutschen Regierung stillgelegt wurde. Hinsichtlich Kosloduj hatte der deutsche Reaktorminister Klaus Töpfer am 5. Juli 1991 noch darauf bestanden, die finanzielle Unterstützung dürfe keinesfalls dem Weiterbetrieb des bulgarischen AKWs dienen. Bald danach war davon keine Rede mehr. Inzwischen läuft der bulgarische Gefahrenherd dank EG-Geld wieder.

Energiealternativen für Osteuropa

Was die derzeitige tschechische Regierung leugnet, stellte der frühere Ministerpräsident des tschechischen Teils der CSFR, Petr Pithart, noch ganz offen fest: "'Ich kann mir mittelfristig den Ausstieg der tschechischen Republik aus der Atomenergie durchaus vorstellen!' Pithart begründete seinen erstaunlichen Salto in der Atomfrage mit zwei Argumenten. Erstens sei der Stromverbrauch der CSFR stärker gesunken als erwartet, allein in den vergangenen zwei Jahren um elf Prozent. [...] Zweitens **könne man mit den 70 Milliarden Kronen (rund 30 Milliarden Schilling) für Temelin alle umweltschädlichen Kohlekraftwerke sanieren.**" *(profil, 1.6.1992)*

Daneben wäre die – außerdem viel kostengünstigere, arbeitsplatzschaffende – **Hauptalternative für Osteuropa: die Steigerung der Energie-Effizienz** bei Verbrauch und Erzeugung. Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen von 5 bis 100 Megawatt, Wirkungsgrad 80%, Bauzeit 1-2 Jahre. Im Großbereich Gas-Dampf-Kraftwerke (GuD) von 500-1500 MW, mit ihren 50% Wirkungsgrad viel effizienter als die herkömmlichen Großkraftwerke. *(⇨ BIELSKO-BIALA, S. 42)*

Mit denselben 15 Milliarden Schilling, die EG/Euratom vor allem für das AKW Mohovce lockergemacht hat, könnte man beispielsweise 4 Braunkohle-Kraftwerke entschwefeln und deren Wirkungsgrad erhöhen, oder 2-3 neue GuD-Kraftwerke mit ihrem ebenfalls höheren Wirkungsgrad errichten.

rigkeiten der Wirtschaft und des täglichen Lebens leicht einreden, ohne Atomenergie drohe der Zusammenbruch.

Risiko u. Geldverschwendung: "Musterfall" Mohovce

"Das PHARE-Programm ist nicht nur eine Verschwendung von Ressourcen, sondern auch eine Unterstützung des hohen Risikopotentials in Osteuropa." *(Ärzte gegen den Atomkrieg/IPPNW, Nov. 1991)* Laut Bayernwerk-Sprecher Pierre Deraed werden die Gesamtkosten der Fertigstellung des slowakischen AKW Mohovce 1,5 Mrd. DM oder "ein Mehrfaches" betragen. Rechnen werde sich das Vorhaben, "die Atomreaktoren sowjetischen Typs mit besseren Sicherheitssystemen auszurüsten", aber sowieso "nur, wenn nicht die in Westeuropa geltenden Sicherheitsnormen angelegt würden, sondern **eine schwächere, eigens entwickelte Euro-Norm**. So gibt es beispielsweise laut Deraed in Mohovce kein Containment, das das Freiwerden von Strahlung bei einem Unfall verhindert." *(Standard-Wirtschaft, 22.5.1992)*

Das Bayernwerk **"hofft hier auf eine Beteiligung der Osteuropa-Bank (EBRD)"**. Diesen Wunsch hat die neue EG-Bank um den Mitterrand-Intimus Jacques Attali inzwischen erfüllt: Im März 1993 beschloß die EG – unter Anpassung des Euratom-Vertrags für solche Zwecke –, über ein "Multilaterales Atomsicherheitskonto" der EBRD 1,1 Mrd. ECU (15 Mrd. S) in Ostreaktoren fließen zu lassen,[1] mehr als die Hälfte davon in die Fertigstellung des AKW Mohovce. Damit wird **"Mohovce zum Musterfall und Vorreiter für die rund 70[2] osteuropäischen, in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke"**, erklärte das Bayernwerk wörtlich. *(SZ-Wirtschaft, 23.4.1992)* Die Marschroute der internationalen Atomlobby ist damit überdeutlich vorgezeichnet – und mit tatkräftiger Komplizenschaft europäischer Institutionen bereits beschritten. Ohne das Geld der EG würde kein AKW Mohovce fertiggebaut werden und in Betrieb gehen können: **Die EG erhält die atomare Bedrohung aus Osteuropa am Leben und vermehrt sie noch.**

1) profil, 22.3.1993.
2) Die Zahl 70 überrascht. Im allgemeinen ist von 58-60 Ostreaktoren die Rede. Sind hier kleinere inbegriffen, die üblicherweise nicht eingerechnet werden?

Der Atom-Tribut: Atomsanierung auf unser aller Kosten

"Wieviel das Langzeitprogramm in Summe verschlingen wird, darüber klaffen die Schätzungen weit auseinander. Die Weltbanker veranschlagen die Kosten einer gründlichen Sanierung der osteuropäischen Atomkraftwerke mit 65 bis 100 Milliarden Schilling. Energieexperten der amerikanischen Regierung dagegen rechnen mit 220 Milliarden Schilling. Private Berechnungen des schwedischen Maschinenbauers Asea Brown Boveri ergeben gar an die 550 Milliarden." *(profil, 6.7.1992)*

Bayernwerk-Vorstandsmitglied Eberhard Wild: "Kapitalbedarf von wenigstens 15 bis zu 60 Mrd. DM", also bis zu 420 Milliarden Schilling. *(Standard 23.7.1992)* StromTHEMEN 5/92, Werbeschrift der deutschen E-Wirtschaft, geht unter der Überschrift "Riesiger Finanzbedarf" noch weiter: "Alle Schätzungen sind noch mit großen Unsicherheiten behaftet. So ist denn auch von mindestens 4 Mrd. DM aus dem Westen für die wichtigsten und drängendsten 'Ertüchtigungen' die Rede bis hin zu mehr als 200 Mrd. DM", also unvorstellbare 1400 Milliarden Schilling und mehr.

Der Steuerzahler, ob in Österreich oder einem anderen EBRD-Sponsorland, darf sich freuen. Er wird zwar nicht gefragt, ob er all das will. Doch Atomtribut darf er zahlen, wenn auch vielleicht indirekter, als ein maßgeblicher Finanzstratege der Welt es vorschlägt: "Eine zehnjährige Zwangsversicherungsprämie für alle Einwohner Europas von nicht mehr (!) als 3 Dollar pro Kopf und Jahr." Würde ein Atomgegner solche Maßnahmen vermuten, würden ihm Ausdrücke wie "Horrormärchen! Greuelpropaganda!" an den Kopf geworfen. So aber sagte das, laut der größten und renommiertesten Zeitung für Technik und Wirtschaft Deutschlands, der für Energie zuständige Weltbank-Direktor Anthony A. Churchill auf der letzten Weltenergiekonferenz, dem Stelldichein der E-Wirtschaft aus aller Welt, in Madrid. *(VDI-Nachrichten, 2.10.1992)*

Daß laut Bayernwerk die EG-Hilfe für Mohovce zum "Musterfall" für zig Atommeiler in Osteuropa avancieren soll; daß das Atomhilfspaket "das teuerste Hilfsprogramm seit dem Marshallplan" für Westeuropa nach dem 2. Weltkrieg wäre – das zeigt, um welche Größenordnungen es hier geht.

Die internationalen Atommachenschaften nehmen eine ungeheure Dimension und Vernetzung an, weit über die bisherige internationale Atomlobby (IAEO u.a.) hinaus.

Durch die Vermaschung von EG, EBRD, Energie-Charta, G-7, G-24, IWF, Weltbank wird die Atomwirtschaft anonymisiert. In nationalem Rahmen, gegenüber ihren gewählten Mandataren, mit Medien in ihrer Sprache, kann die Bevölkerung sich halbwegs Gehör verschaffen. Auf supranationaler Ebene werden nun aber Entscheidungen und Weichenstellungen mit einem Federstrich und so weit weg vom Bürger vollzogen, daß dieser "nicht einmal mehr zum Schauen kommt". Wenn gleichzeitig 20 AKWe saniert, 5 neu gebaut werden, und lang nicht einmal klar ist, ob dies jetzt über das EG-Programm PHARE, oder TACIS, oder über die EBRD, oder zB von einzelnen Unterzeichnern der Europäischen Energie-Charta im Rahmen der G-7 finanziert wird, wie soll da der Bürger noch durchblicken? Wie soll die Gefährdung durch neue Atomvorhaben noch – wie bei überschaubareren nationalen Einzelprojekten – sichtbar werden und die Menschen mobilisieren können?

Man ist versucht, das, was sich hier anbahnt, eine "supranationale Vertragsdiktatur" (zugunsten einer einzigen Technologie!) zu nennen. Weil sie **dem Bürger kaum eine Chance läßt,**

sich überhaupt auszukennen, geschweige denn mitzuentscheiden oder sich zur Wehr zu setzen. Freilich wird sich dieses bürgerlose Agieren – wie immer in der Geschichte – rächen; unvorhergesehene Pannen, das Problem der Stillegung einer bald explodierenden Zahl alter Atomanlagen, Geldmangel und Widerstand werden die Pläne der Atomwirtschaft durchkreuzen. Bis dahin aber werden wieder einmal wertvollste geistige und materielle Ressourcen vertan worden sein, die für anderes bitter fehlen.

Westliche Atomlobby bremst die Stillegung von Ost-AKW

Osteuropäische Staaten sollen Energielieferanten werden

WIEN. Eine Entscheidung, die schrottreifen Kernreaktoren im bulgarischen Kosloduj endgültig zu schließen, wäre vermutlich schon längst gefallen. Die Bulgaren hätten schon alternative Strategien ausgearbeitet gehabt, da seien plötzlich Vorschläge westlicher Atomkraftwerksbauer aufgetaucht, die desolaten Reaktoren doch noch erneuern zu können, sagte Thomas Gratt von der Österreichischen Energieverwertungsagentur (EVA) am Dienstag im SN-Gespräch.

Gegenwärtig würde in Brüssel ein Team der EG eine „European energy charter" ausarbeiten, in der die europäischen Energiemärkte aufgeteilt würden.

(SN, 18.3.1992)

Die österreichische Bundesregierung verkennt entweder diese Entwicklung oder sie will sie nicht sehen

– offenbar, um nur ja nicht in Konflikt zu geraten mit ihrem unbedingten Willen, in die EG zu kommen.[1] Hoffnungsvoll nehmen die Atomgegnerorganisationen da und dort ein zaghaftes Aufbäumen österreichischer Verantwortungsträger gegen den beinharten supranationalen Pro-Atom-Kurs wahr. Doch diese schüchternen Versuche sacken stets rasch in sich zusammen und gehen auf in Anpassung, ja in Kollaboration Österreichs mit der internationalen Atomlobby, insbesondere im Rahmen der Europäischen Energie-Charta und der EBRD-Bank. Was denn auch das Ziel der österreichischen Atom-Gemeinde im hohen Ministerial- und Forschungsapparat (zB Seibersdorf) ist, die in einer Annäherung an die EG Morgenluft wittert.

Die Europäische Energie-Charta

In der Europäischen Energie-Charta ist der Atomausstieg, wie auf EG-Ebene generell *(⇨ Gen. Dir. L. Brinkhorst, S. 6)*, kein Thema. Im Artikel 1 des Atomprotokolls zur Charta heißt es: "Das Ziel dieses Protokolls ist es Rahmenbedingungen zu schaffen für eine verstärkte Kooperation zwischen den Vertragspartnern, um die 'benefits' (Vorteile, Nutzen) der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erhöhen und die Risiken zu begrenzen." Die Bundesregierung bindet dennoch Österreich an dieses Dokument. Am 16.12.1991 hat Minister Wolfgang Schüssel die Europäische Energie-Charta namens der Regierung – übrigens ohne Befassung des Nationalrates – unterzeichnet.

Im Gesamtzusammenhang wird erkennbar zu welchem Zweck die Europäische Energie-Charta vorrangig erdacht wurde: Nicht als die Energie-Hilfestellung, als die sie präsentiert wird. Um die Ex-Ostblockstaaten unabhängiger werden zu lassen, wäre ihr immenses Energieeinsparpotential zu nutzen (vergleichsweise leicht, rasch, kostengünstig), und ihre eigenen Energiequellen mit modernisierter Umwelttechnik (Kohle und bes. Gas). Mit dem von Energie-Charta, EBRD usw. begünstigten Ost-Atomprogramm hingegen bleiben die osteuropäischen Staaten auf Jahrzehnte von West-Technik und -Investitionen (Siemens, Framatome

1) BK Vranitzky lt. ORF zum Mohovce-Deal: Er sehe kein Dilemma für Österreich wegen dessen Beteiligung an der EBRD...

Die „Stromkolonialisierung" Osteuropas

Grüne und Umweltschutzorganisationen: G-7-Staaten verhindern Ausstieg aus Atomkraft

(SN, 8.7.1992)

Bulgarisches Schrott-AKW Kosloduj: Milliarden für notdürftige Sanierung.

(profil, 6.7.1992)

Westinghouse; Electricité de France/EDF, Bayernwerk, Preußen Elektra u.a.) abhängig. Und sie müssen zu deren Bezahlung Gas, Öl und einen Großteil eben des teuer und risikoreich erzeugten Stroms in die West-Staaten exportieren, zu deren Bedingungen. Dieses Verhältnis kommt dem klassischen Schema der "Erste Welt – Dritte Welt"-Beziehungen nahe. Die notleidenden Länder exportieren billig ihre Rohstoffe in die reichen Länder, um von dort teure und weitgehend unzuträgliche Technologie einzukaufen. Wie es der Umweltberater von Präsident Jelzin, Alexej Jablokov, in seiner Kritik am Ausbauprogramm des russischen Atomministeriums Ende Dezember 92 formulierte: **"Die Europäische Energie-Charta drängt Rußland dazu, sein Öl und Gas nach Westeuropa zu verkaufen, so daß wir die Atomenergie ausbauen müssen."**[1] Wie denn auch A. Kley, Vorstandsmitglied von Siemens/Kraftwerksunion (KWU), bei einer Tagung der EG-Generaldirektion Energie Anfang Dezember 1991 in Brüssel vorschlug: "[...] die Europäische Energie-Charta könnte festschreiben, einen Teil der Devisen, die osteuropäischen Erdöl-, Gas- und Stromlieferern zufließen sollen, gezielt für die Nachrüstung des ***Kern***kraftwerksparks einzusetzen."[2] In erprobter Mißachtung des Bürgerwillens und der vielbeschworenen Marktwirtschaft innerhalb der EG braucht die Atomenergie eben nicht sich selber zu erhalten; ihr wird, wann immer nötig, mit Dirigismus in Reinkultur unter die Arme gegriffen. Aus ökologischer Sicht hatte Greenpeace bereits gegen den Entwurf der Europäischen Energie-Charta schwere Bedenken angemeldet. Die internationale Umweltorganisation warnte anläßlich der Unterzeichnung des Dokuments "vor weitreichenden Folgen für Klima und Umwelt" *(Die Presse, 17.12.1991)*.

Die EBRD (European Bank for Reconstruction and Development)

Die "Osteuropa-Bank" wurde 1991 als Aktiengesellschaft zum Wiederaufbau des ehemaligen Ostblocks geschaffen. Hauptaktionäre (Kapitalseigner) sind "die Staaten der EG, zusätzlich die EG selbst, sowie die Europäische Inve-

1) SCRAM/Safe Energy, Feb.-März 1993.
2) Strahlentelex, Informationsdienst der Unabhängigen Meßstelle Berlin, Nr. 126-127/1992.

Wie es auch ginge:

Pilotprojekt BIELSKO-BIALA (Polen)

Bielsko-Biala ist eine Stadt mit 180.000 Einwohnern in Südpolen. Dort wurde seit 1990 in Zusammenarbeit mit der Energie-und Umweltagentur (ADEME) der französischen Region Franche-Comté eine ganzheitliche, an den Verbraucherbedürfnissen ausgerichtete Energiepolitik umgesetzt. Im Gegensatz zu vielen zentralen Energieplänen "von oben", bezieht das Projekt lokale Beamte und Bürger stark mit ein. Neben der Erstellung eines Energieleitbildes haben gleich konkrete Maßnahmen eingesetzt:

● Beginn der wärmetechnischen Sanierung von 730 untersuchten Genossenschaftswohnhäusern mit 29.500 Wohnungen; ● Einrichtung einer Datenbank als umfassende Grundlage für energiesparende Maßnahmen; ● erste Erneuerungsarbeiten an der städtischen Straßenbeleuchtung nach Untersuchung über die dort realisierbaren Einsparungen, ● sowie weitere technische und begleitende Maßnahmen (Planung einer Regionalen Energie-Agentur u.a.m.).

Die Vorbildkraft eines solchen lokalen, dezentralen Modells zeigt sich etwa daran, daß für ein Seminar zum Austausch der gewonnenen Erfahrungen am 3.-4. Juli 1993 schon Monate zuvor 120 Teilnehmer aus 25 polnischen Städten, Ministerien, Banken usw. gemeldet waren. Bezeichnenderweise geht dieses Projekt von einer **regionalen** Energie-Agentur in Westeuropa aus. Würde das EG/EBRD-Geld vorrangig in solche Projekte gesteckt, zu wieviel wirklicher Kooperation auch auf mittlerer und "unterer" Ebene, zu wieviel mehr Eigenständigkeit, zu wieviel Schaffung von umweltfreundlichen, unumstrittenen Arbeitsplätzen, zu wieviel Verringerung von Umweltrisiken würde die Politik dann führen!

THERMIE, EG-Energieeffizienzsteigerung für Osteuropa

"Um die Energieeffizienz in der Zwölfergemeinschaft zu verbessern und energiebezogene Umweltschäden zu verringern, hat die EG im Rahmen des THERMIE-Programms Anfang 1990 ein EG-weites Netzwerk zur Förderung von Energietechnologien unter der (englischen) Bezeichnung 'Opet' ins Leben gerufen. [...] Dieses Beratungsnetzwerk Opet will die EG-Kommission nunmehr auf Mittel- und Osteuropa ausdehnen." *(VDI-Nachrichten, 10.1.1992)* Wie innerhalb der EG ist die EG-Politik also auch in Richtung Osteuropa auf dem Gebiet der rationellen Energieverwendung nicht ganz untätig.

Doch anstatt absoluter Priorität kommt den THERMIE-Aktivitäten eher eine Alibifunktion zur "Begrünung" des überdimensionalen Atomhilfeprogramms der EG zu: ein bißchen Schoko-Schicht um die bittere Pille.

stitionsbank" (EIB, bisherige Hauptbank der EG). "Weitere Mitglieder sind die EFTA-Länder (mit Österreich), sowie die USA, Kanada, Japan, Australien, die Türkei und Mexiko." *(Le Figaro économique, 18.8.1992)*

In einer Presseaussendung vom 24.2.1992 läßt die EBRD keinen Zweifel an ihrer Pro-Atomlinie: "Die Bank wird mit Priorität nukleare Projekte unterstützen." Mit ein ausschlaggebender Faktor hiefür war, daß es Frankreich gelang, den Posten des EBRD-Präsidenten zu besetzen. Und zwar mit Jacques Attali, Intimus des französischen Staatspräsidenten Mitterrand. Auch weitere Spitzenposten sind mit Vertretern Frankreichs besetzt. Nicht von ungefähr hat die Londoner Börsenwelt laut dem französischen Wirtschaftsmagazin Enjeux/Les Echos 5/92 die EBRD als ein "politisches Unternehmen Frank-

Jacques Attali. 10 Jahre lang Berater des französischen Staatspräsidenten Mitterrand. Wiederholt kritisiert wegen seines "selbstherrlichen Stils" *(Weltwoche)*. Angesichts des Skandals um seine EBRD-Geschäftsführung *(s. unten)* zurückgetreten, bleibt er beispielhaft für die Ausrichtung der Ostbank. Atomenergie hatte für Attali einen zentralen Platz im "großen, starken Europa, für das die Europabank eine Art Katalysator sein soll". Und während es der EBRD im allgemeinen "an Mitteln zur Bereitstellung von Risikokapital fehlt", ist sie "was die Atomkraftwerke angeht, [...] allerdings auf guten Wegen." *(Weltwoche, 15.4.1993)*

reichs" beschrieben.

Österreich ist ebenfalls Aktionär der EBRD. Auf der Gouverneurs-Tagung der EBRD in Budapest im April 92 monierte Österreichs Finanzminister Ferdinand Lacina laut "profil" vom 21.4.1992: "Die Finanzierung von Atomkraftwerken durch die EBRD wird in Österreich mit großer Sorge gesehen." Mehr brächten Investitionen, "die die Effizienz im Energiesektor steigerten". Die österreichische Regierungsvertreterin, Ministerin Maria Rauch-Kallat, bemühte sich auch auf der Konferenz der europäischen Umweltminister in Luzern Ende April 1993, die Kollegen für den Ausstieg der osteuropäischen Staaten aus der Atomenergie zu gewinnen. Chancenlos, in EG-Europa: "Zu Beginn der Konferenz wirkten neben Österreich noch Norwegen und Dänemark darauf hin." Doch dann "drohte selbst diese kleine Allianz zu zerbröckeln, **weil die Dänen", das Paradebeispiel für Atomfreiheit in der EG, "zunehmend unter Druck der EG-Staaten gerieten."** *(SN, 30.4.1993)*

Da über die EBRD die marode Atomindustrie Osteuropas wiederaufgerüstet wird, muß Österreich aus dieser Organisation austreten, fordern die Atomgegnerverbände. In einer Dringlichen Anfrage hatte die Grüne Parlamentsfraktion von der Bundesregierung den "Rückzug und alternativen Einsatz der EBRD-Einlagen" Österreichs gefordert. Vor diese Konsequenz gestellt, wählen Österreichs Verantwortliche jedoch allemal die tiefere Verstrickung in das europäische Atomnetz. Und wenn laut SN vom 14.4.1993 **Außenminister Mock erklärt hat, "Österreich werde den Ländern Zentral- und Osteuropas vor allem Sicherheitstechnologien für ihre Atomkraftwerke zur Verfügung stellen,"** dann hat er sich bereits die Linie von EG, Energie-Charta, Euratom völlig zueigen gemacht: im Osten kein Ausstieg, eine Spur mehr Sicherheit (aber nicht einmal West-Standard) zur Rechtfertigung weiteren Atombetriebs und -ausbaues, Wiederankurbelung atomarer Aktivitäten österreichischer Firmen.

SALZBURG
KURIER
Unabhängige Tageszeitung für Österreich
Freitag, 16. April 1993 • Nr. 105 • S 8.–
Gab er Auftrag zu Polit-Morden?
Andreotti unter neuem Verdacht
Österreich: Stoppt Verschwendung bei Osthilfe-Bank
Bürokratie verschlingt mehr als die Hälfte der Mittel (S. 2)

In solchen Händen liegt das Geld der europäischen, auch der österreichischen Steuerzahler.

7

"In besonderen Fällen werden aber Verbote aufrecht bleiben, etwa bei bestrahlten Lebensmitteln"

("EWR-ABC", Gratisbroschüre des Bundeskanzleramtes, 1991, S. 70)

Nicht einmal Gegenwehr

Im naiven Glauben, schwerwiegende EG-Eingriffe bei der Lebensmittelqualität souverän von Österreich fernhalten zu können, ließ die Regierung immer wieder wissen, daß bestrahlte Lebensmittel auch in EG-Österreich nicht aufgetischt werden dürften. Obwohl inzwischen bei einer Reihe von Lebensmitteln eine Bestrahlung nachgewiesen werden kann, wird Österreich sich dem Eurodiktat nicht entziehen können.

Bestrahlte Lebensmittel werden auch im EWR nicht nach Österreich eingeführt werden dürfen". Dies teilt Dr. Maria Berger als Leiterin der Abteilung für integrationspolitische Koordination im Bundeskanzleramt, am 27. Juni 1991 der Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE) schriftlich mit. In Erwiderung auf ein Informationsblatt, das PLAGE-Aktivisten überreicht hatten.

Regierungsinformation zum Thema EG: Irrtum vorbehalten?

Die PLAGE hatte darin geschrieben, die Einfuhr bestrahlter Lebensmittel sei im EWR (erst recht in der EG) nicht mehr zu verhindern und zu verbieten. Deswegen hatte Dr. Berger die PLAGE der "Desinformation der Öffentlichkeit" bezichtigt. Auch im "EWR-ABC", einer Gratisbroschüre des Bundeskanzleramtes aus dem Jahre 1991 steht zu lesen, daß "in besonderen Fällen [...] Verbote aufrecht bleiben, etwa bei bestrahlten Lebensmitteln".

Im März 1992 gab die Broschüre "Lebensmittelqualität und europäischer Binnenmarkt" der Arbeiterkammer Niederösterreich nicht der obersten Beamtin der EG-Information recht, sondern der PLAGE: "Die in einem Land zugelassenen bestrahlten Nahrungsmittel müssen auch von anderen EG-Ländern [...] zum Verkauf zugelassen werden." (EG-Prinzip der ge-

Österreichs Speisekammern werden europafit: Ab '93 weniger Extrawürste erlaubt

Keine Chance gegen bestrahlte Lebensmittel

Das kommende Euro-Menü ist keine verderbliche Ware, verlangt aber vom Konsumenten ein waches Auge. Ein führender EG-Experte räumte in Wien mit falschen Erwartungen auf.

(Kurier, 10.9.1992)

genseitigen Anerkennung).

Eineinhalb Jahre nach diesen offiziellen Versicherungen "räumte ein führender EG-Experte in Wien mit falschen Erwartungen auf." *(Kurier, 10.9.1992)* Unter der Schlagzeile "Keine Chance gegen bestrahlte Lebensmittel" berichtet das Blatt, wie "Österreichs Speisekammern europafit" gemacht werden sollen. Der zitierte Lebensmittelbeamte der EG, Reinhard Büscher, gab zwar die Parole "Keine Angst vor Brüssel" aus, erklärte andererseits aber in diesem Artikel: "Österreich wird ab 1993 gewährleisten müssen, daß seinen Bürgern radioaktiv bestrahlte, gentechnisch veränderte und qualitativ unterschiedliche Lebensmittel aufgetischt werden dürfen".

Vom EG-Märchen zur EWR-Realität: Es war einmal alles unbestrahlt ...

Inzwischen hatten die EG-Betreiber in Österreich offenbar doch kommen sehen, daß die EWR-Wirklichkeit das Märchen vom Weiterbestand des Importverbotes für bestrahlte Lebensmittel (LMB) gar zu sichtbar Lügen strafen würde. So steuerte etwa ab Anfang 1992 die "Informationspolitik" bezüglich LMB um. Man beruhigte Herrn und Frau Österreicher damit, daß "schon jetzt, trotz Verbot, bestrahltes Gemüse importiert"[1] wird. Denn: "Die Behandlung ist nicht nachweisbar". Was bis vor kurzem stimmte.

Mittlerweile hat u.a. ein maßgeblicher Vertreter des deutschen Konsumentenschutzes gegen Ende 1992 im ORF-Konsumentenmagazin "Help" dezidiert festgestellt, man könne in der BRD inzwischen bereits bei einer Reihe von Lebensmitteln eine erfolgte Bestrahlung nachweisen. Damit hätte Österreich durchaus bald über eine Kontrolle gegen LMB-Importe verfügen können – wenn seine Verantwortlichen überhaupt willens gewesen wären, sich gegen die "Bestrahlungs-Freizügigkeit" der EG zu stellen. Doch eben nicht. Im Gegenteil: "In der EG wurde bisher keine Gesundheitsgefährdung durch gering 'strahlendes' Obst und Gemüse festgestellt"[2], macht man sich vorauseilend mirnichts dirnichts die Position der EG-Führung zueigen. Selbst wenn es aber den LMB-Nachweis weiterhin nicht gäbe, wäre die EWR/EG-Regelsituation eine diametral andere als die jetzige souveräne österreichische Regelung: auch wenn Einfuhren bestrahlter Lebensmittel passierten, in Österreich waren sie bislang unrechtmäßig. Mit einem Federstrich – in EWR/EG – wird **das Unrechtmäßige zum Recht!** Die Rechtssetzer und Gesetzeshüter unseres Landes scheint dies nicht zu stören.

"In der EG wurde bisher keine Gesundheitsgefährdung festgestellt"? *(Zum Gesundheitsrisiko s. Kasten "Warum Nein zur LMB?", S. 46).* Abgesehen davon: Hätte nicht die EG, ebenso

Landwirtschaftsminister Fischler ist fest entschlossen:

„Bestrahltes" Obst bleibt ausgesperrt

Anders als in Österreich werden in vielen Ländern Agrarprodukte radioaktiv bestrahlt. Dadurch sind sie länger haltbar, Inhaltsstoffe wie Vitamine oder Fette werden aber verändert. Trotz internationalem Druck soll das Importverbot für solche Waren bleiben.

Der Streit um den Abbau der Subventionen für die Landwirtschaft geht in die nächste Runde. Heute, Sonntag, versuchen die EFTA-Staaten in Stockholm eine gemeinsame Linie für die Verhandlungen über das GATT zu finden. Die USA wollen die Europäer zu stärkeren Subventionskürzungen bewegen, was jedoch in ganz Europa ein „Bauernsterben" auslösen könnte.

Als Ausgleich für wohl unvermeidliche Subventionskürzungen will Landwirtschafts-

● Ausweitung der Anbaufläche von Alternativprodukten (Ölsaaten, Soja) von 150.000 auf 300.000 Hektar in den nächsten vier Jahren.

● GATT-konforme Direktzahlungen an die Bauern als Abgeltung für ökologische Leistungen.

„Die drei Punkte müssen bereits in den Koalitionsverhandlungen festgelegt werden. Ich habe den Eindruck, daß sie dem Grundsatz nach von der SPÖ akzeptiert wer-

Tiroler.

(Kurier, 8.11.1993)

1) Kurier, 10.9.1992.

2) Alfred Psota, Leiter der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien und Berater von Ex-Gesundheitsminister Ettl, lt. Kurier vom 26.1.1992.

Warum Nein zur Lebensmittelbestrahlung?

Mit hohen Bestrahlungsdosen kann man Lebensmittel sterilisieren, mit niedrigen das Wachstum mancher Mikroorganismen und das Auskeimen (Austreiben) verringern. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Bekannt ist, daß durch die Bestrahlung Vitamine, Eiweiße und Fettsäuren zum Teil zersetzt werden und sich somit der Nährwert reduziert. Ratten oder Küken zeigten durch bestrahltes Futter eine verminderte Gewichtszunahme, veränderte Organgewichte oder Fruchtbarkeitsstörungen. Die Dosen lagen allerdings höher als die, die bei der LMB erlaubt sind. Langzeitfütterungsversuche führten zu schweren Nierenschäden bei den Tieren. (Man sieht im übrigen: Eine verzichtbare Technik, deren Auswirkungen dann u.a. mittels Tierversuchen wieder langwierig untersucht werden müssen.)

Ein Menschenversuch ist besonders erwähnenswert (1975-78, National Institute of Nutrition NIN, Indien): Die Forscher gaben eine Diät, die bestrahlten Weizen enthielt, an unterernährte Kinder(!). Ergebnis: Vermehrtes Auftreten von Polyploidie (mehrfache Chromosomensätze). In vielen Tierversuchen ist allerdings keine Polyploidie aufgetreten.

Neben möglichen Gefahren birgt die Bestrahlung ein grundsätzliches Problem. Sie kann genutzt werden, um hygienische Mängel bei Lebensmitteln zu verdecken. Mit Salmonellen befallene Hähnchen, die eigentlich nicht zur Schlachtung kommen dürften, lassen sich zum Beispiel so entkeimen. Daß dieser Verdacht nicht aus der Luft gegriffen ist, belegt die Bonner Verbraucher-Initiative: 1985 ließ ein englischer Meeresfrucht-Großhändler mikrobiell verdorbene Garnelen in den Niederlanden bestrahlen und führte sie illegal wieder nach Großbritannien ein. 1987 wurden verdorbene Muscheln aus Dänemark nach Holland transportiert, bestrahlt und illegal nach Dänemark zurückimportiert.

(Nach: ÖKO-TEST-MAGAZIN 3/1993. – S.a. "Strahlenkonservierung", Verbraucher-Institut TU-Berlin, Neuaufl. Nov. 1986)

wie andere LMB-Verfechter,[1] nachzuweisen, daß LMB **unschädlich bzw. gesund** ist? Doch um wissenschaftliches Für und Wider von LMB geht es in Österreich gar nicht mehr. Praktisch die Gesamtheit der österreichischen Bevölkerung lehnt sie ab, braucht sie nicht, will sie nicht. Punktum. Doch in nahtloser Anpassung an die EG verfolgen die Volksvertreter einen um 180 Grad entgegengesetzten Kurs.

Vom LMB-Import zur Bestrahlung im eigenen Land?

Der Import wäre aber noch der kleinere Fisch. Wäre dieser Damm einmal gebrochen, stünde uns als nächstes über kurz oder lang die systematische Bestrahlung von Lebensmitteln in Österreich selbst ins Haus. Entsprechende Interessenten gibt es durchaus: Im Österreichischen Reaktorzentrum in Seibersdorf "hat man sich bereits in den sechziger Jahren mit Nahrungsmittelbestrahlung befaßt", berichtet ibf-report vom 9.1.1981, eine Veröffentlichung des Wissenschaftsministeriums, und noch mindestens Anfang der 80er Jahre "war das Seibersdorfer Institut für Biologie" am "Internationalen Projekt auf dem Gebiet der Nahrungsmittelbestrahlung" beteiligt. Als eifriger Befürworter eines "Bestrahlungszentrums zum Keimfrei-

"EWR-ABC" des Bundeskanzleramtes, 1991, Seite 70: "In besonderen Fällen werden aber Verbote aufrecht bleiben, etwa bei bestrahlten Lebensmitteln".

1) Internationale Atomenergieorganisation (IAEO), Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Umstrittene Lebensmittel-Bestrahlung

Bonn wünscht EG-weites Verbot / Aber weltweit bereits Praxis

(SZ, 29.10.1990)

machen diverser Waren", darunter auch "die 300.000 Tonnen Getreide, die über den Wiener Hafen in die Sowjetunion gehen"[1], erscheint immer wieder Univ.-Prof. Nikola Getoff vom Ludwig-Boltzmann-Institut für Strahlenchemie. Denkbar ist schließlich im Rahmen der EG-Niederlassungsfreiheit auch ein Antrag auf Errichtung und Betrieb einer Bestrahlungsanlage für Lebensmittel durch eine Firma aus dem übrigen EG-Raum, ob direkt oder über eine "österreichische" Konzernfiliale.

Noch immer keine Deklarationspflicht

Europäische Verbraucherverbände fordern seit langem die Deklarationspflicht für industriell bestrahlte Lebensmittel. Dies wäre ein Mindesterfordernis für Information und Schutz der Verbraucher. Doch "die gemeinsamen EG-Bürger erfahren nicht einmal, was sie schlukken. Denn die Vorschriften zur Kennzeichnung schlummern noch in den Büros der Eurokraten.

1) Kurier vom 6.3.1988.

Wo darf in der EG was bestrahlt werden?

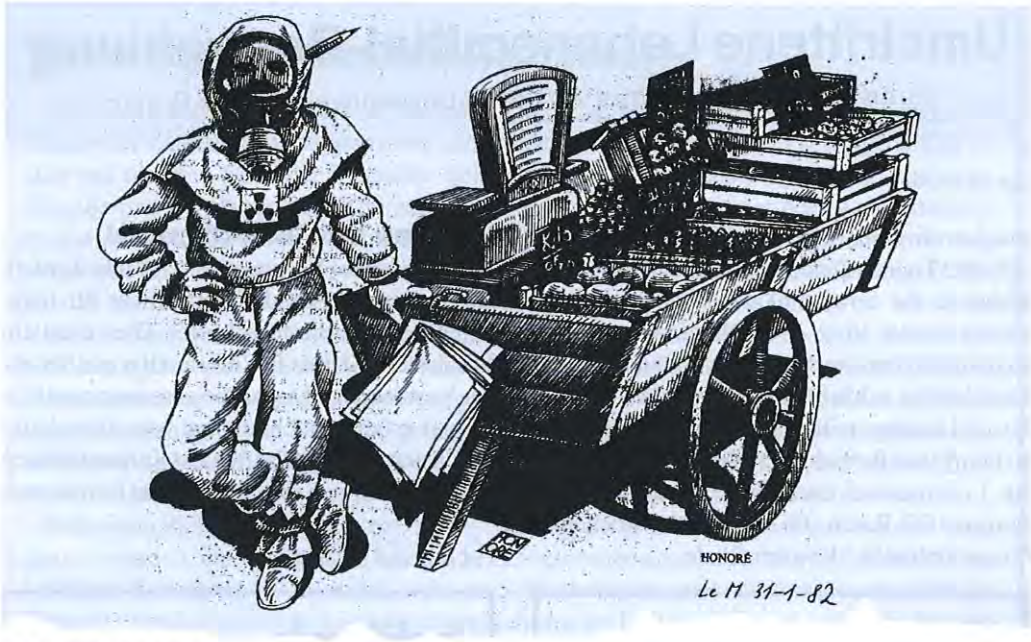
BELGIEN: Kartoffeln, Erdbeeren, Zwiebeln, Knoblauch, Schalotten, Pfeffer, Paprikapulver, Gewürze, getrocknete Gemüse, Krabben, Kräutertees.
DÄNEMARK: Gewürze, Kräuter.
FRANKREICH: Kartoffeln, Zwiebeln, Knoblauch, Schalotten, Gewürze, Getreide, getrocknetes Gemüse, getrocknete Früchte, Geflügelfleisch, Froschschenkel, Eiweiß, Erdbeeren, gefrorene und gekühlte Krabben, Rosinen, getrocknete Marillen.
GROSSBRITANNIEN: Sterilisierte Kost für Krankenhauspatienten.
ITALIEN: Kartoffeln, Zwiebeln, Knoblauch.
NIEDERLANDE: Getrocknetes, geschnittenes Gemüse (z.B. Spargel), Krabben, Gewürze, Geflügelfleisch, Froschschenkel, Getreide in Müsli, Hülsenfrüchte, Fischfilets, Muscheln, getrocknete tropische Früchte, sterilisierte Kost für Krankenhauspatienten.

(Quelle: Öko-Test-Magazin 3/93)

Irreführende Kennzeichnung

Verbraucherschützer kritisieren, daß das in GB und Südafrika für bestrahlte Produkte bereits verwendete Radura-Symbol eher wie ein Zeichen für Naturkost aussieht (Hauptfarbe: frisches Grün) und große Ähnlichkeit mit dem Logo der amerikanischen Umweltbehörde (Zeichen unten) aufweist. Sie fordern den Zusatz "irradiated" - "bestrahlt" - sowohl für behandelte Rohware als auch für Fertigprodukte, die bestrahlte Zutaten enthalten.

(Aus Öko-Test, März 1993)



(Le Monde, 31.1.1982)

Bislang steht lediglich fest, daß ein Etikett auf den Produkten auf die Bestrahlung hinweisen muß. (Wer hat je in EG-Landen eines gesichtet?) Was sich hinter dem Emblem verbirgt, ist von Land zu Land verschieden: Italien und Spanien zB wollen die Produkte erst kennzeichnen, wenn mehr als 25% des Inhalts bestrahlt wurden. Dänemark, Deutschland und Luxemburg fordern den Hinweis bereits bei einem Gewichtsanteil von einem halben Prozent." *(Öko-Test-Magazin 3/1993)*

In Österreich hat 1992 Landwirtschaftsminister Fischler als Kennzeichnung bestrahlter Lebensmittel eine Verpackung in gelber Farbe vorgeschlagen, was tatsächlich wenigstens für jeden Konsumenten erkennbar wäre. "Allerdings halten Experten des Gesundheitsministeriums den Fischler-Vorschlag für nicht durchführbar, weil er gewisse Produkte 'diskriminiere' (benachteilige), was laut EG-Recht verboten ist." *(Serie "Die EG und wir", Kronenzeitung, 8.10.1992.)*

A. Psota, oberster LM-Kontrollor der Bundeshauptstadt, hat wieder eine andere Deklarationsvariante parat: "Der Slogan **GARANTIERT NICHT BESTRAHLT**" als werbewirksame Produktdeklaration "werde für die Konsumenten mehr bringen" *(Kurier, 26.1. 1992)*. So warb er auch im Land Salzburg[1] dafür, sich wegen LMB-Importfreigabe "dank" EWR/EG keine grauen Haare wachsen zu lassen. Stattdessen solle man auf die Brüsseler Deklarationspflicht und den "mündigen Konsumenten" vertrauen. Wie realistisch ist der in allen Produktbereichen wissenschaftlich bewanderte – und dann erst "mündige" – Konsument?

Erfindet man ihn nicht immer dann, wenn man ihn mit einem zweifelhaften Produkt bedenken will, bei dessen Beurteilung man ihn vorher nicht mitreden hat lassen? Und wie realistisch ist, daß Gemüse-, Gewürz- oder Obstproduzenten und -händler auf 95% ihrer Ware das Etikett **GARANTIERT NICHT BESTRAHLT** prangen lassen? Denn mindestens so hoch ist derzeit der Anteil unbestrahlter Ware, die mit Psotas Werbeslogan angepriesen werden müßte.

1) Informationsveranstaltung des Landes Salzburg, 2.7.1992.